

Stellungnahme von Klaus Öllerer zum Lindenspiegel Mai 2009

Die Mai-Ausgabe des Lindenspiegels enthält Bemerkenwertes. Die Hälfte der Titelgeschichte widmet sich meiner Person in einer Art und Weise, die jedem journalistischen Anspruch widerspricht. Viel Ausgedachtes ergibt mit wenigen Fakten zusammen ein Propagandastück der übelsten Sorte.

Schon seit längerem zeigt Herr Wiesemann ein unprofessionelles und unsachliches Verhalten als Journalist und Herausgeber. Es fing mit dem unrechtmäßigen Abschreiben eines Artikels durch ihn an, setzte sich mit Versenden von Hassmails mit frei erfundenem Inhalt fort und findet seinen vorläufigen Höhepunkt im Hetzartikel im aktuellen Lindenspiegel.

Dabei finden althergebrachte Propagandatechniken Anwendung. Dazu gehört beispielsweise mir Äußerungen zuzuschreiben, die ich nie gemacht habe. Zitat: "Auch wenn der Verantwortliche in der Vergangenheit bereits mit Äußerungen zu bei uns lebenden Ausländern sowie der Bedeutung der deutschen Heimat und der Gefährdung der deutschen Kultur durch eine zu geringe Gebärbereitschaft deutscher Frauen auffällig geworden ist, kann er z. Zt. noch nicht als Neo-Nazi eingestuft werden."

Die in diesem Zitat unterstellten Äußerungen sind frei erfunden. Das betrifft sowohl die gewählten Worte, ihr Kontext, als auch die weltanschauliche Aussage. Er ist nur geschrieben worden, um zu diffamieren. Nur der Effekt auf den Leser zählt. Solch einen Satz könnte Herr Wiesemann auch über unseren Bundesinnenminister oder unsere Bundesfamilienministerin aufstellen und wäre dann genauso unzutreffend.

Was den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit angeht, so gibt es dafür keinen einzigen Grund und ist alt bekanntermaßen in den letzten Jahren ein immer wieder gern verwandtes Totschlagargument, wenn einem die Argumente ausgehen. Die weiteren zahlreichen ehrabschneidenden Bemerkungen zu meiner Person übergehe ich hier, da der Leser wohl selber Niveau und Glaubwürdigkeit einzuschätzen weiß.

Solche Hetzartikel gegen Mitbewerber sind bei seriösen Medien gänzlich ausgeschlossen und sind eigentlich nur bei Sekten vorstellbar. Über die Gründe, die Herrn Wiesemann dazu treiben, sich in dieser Art mit anders Denkenden auseinanderzusetzen, kann man nur spekulieren. Naheliegend ist die zunehmende Akzeptanz einer Konkurrenzzeitung im Stadtteil, die Linden-Limmer Zeitung. Weitere Gründe liegen im Dunklen.

Juristische Schritte gegen Herrn Wiesemann sind eingeleitet.

Mit dem Kampf gegen den Rechtsextremismus (RE) und meine Gründe für eine öffentliche Verlinkung beschäftigt sich das folgende Kapitel.

Dieser Tage konnte man bei Spiegel.de im Artikel „Rechte Schläger im Kapuzenpulli“ beispielsweise über Dortmund lesen: „Die Auseinandersetzung mit den Neonazis ist längst ein Politikum in der Stadt, in der sich die rechte Szene schleichend weiter ausbreitet.“ Und weiter heißt es über die Methoden der RE:

"Anders als beispielsweise die rechtsextreme NPD, die ihre Funktionäre vor die Schulen schickt, stehen die AN (*Autonome Nationalisten, d. Red.*) auch auf den Schulhöfen, weil viele selbst noch Schüler sind. In der Stadt agitieren sie auf dem Hauptbahnhof, in der Fußgängerzone, auf der Südtribüne des BVB-Stadions, und in Kneipen, wo sie niemand

als Neonazis ausmacht. Die AN sind so etwas wie eine Stadtguerilla, eine Art außerparlamentarische Opposition von rechts." Ähnliche Erfahrungen werden auch aus anderen Teilen Deutschlands gemeldet.

Die bisher vorherrschende Linie im Kampf gegen die Neonazis beschränkt sich im Wesentlichen auf die Strategie der Verbote. Verbote allein verhindern leider noch nicht, dass braune Propagandisten ihr Gedankengut gezielt unter bestimmten Bevölkerungsteilen – eben auch Jugendlichen – verbreiten und teilweise auch einen Nährboden vorfinden. Über die Argumentationsstränge der Neonazis im Einzelnen ist oft wenig bekannt, was sie noch gefährlicher macht. Die Inhalte und die Fundorte sind außerhalb der RE bestenfalls einer kleinen Elite bewusst. Ein offener Zugang für die Allgemeinheit zu diesen Quellen gilt als extrem unerwünscht. Es wird anscheinend allgemein erwartet, dass der Kontakt mit RE-Inhalten automatisch zur Infektion führt.

Meiner Meinung nach kann man eine Verbreitung von rechtsradikalem Gedankengut nur verhindern, wenn man es auch kennt. Demokraten müssen aufklären und die RE in der Debatte stellen. Vor den Augen der anderen. Die Verlinkung sollte dabei der Aufklärung dienen und die Debatte unterstützen. Demokraten müssen intelligent und beharrlich argumentieren. Sie haben einfach erfahrungsgemäß die besseren Argumente. Durch dieses Vorgehen werden wahrscheinlich gleichzeitig auch die Aussteigerprogramme befruchtet werden können, die man weiter verbessern kann.

Sollte „Bunt statt Braun“ nicht auch bedeuten, dass man im Kampf gegen den Rechtsextremismus unterschiedliche Meinungen entwickeln und kontrovers diskutieren kann?

Linden, 02.05.2009

Klaus Öllerer

Tel. 0170 92 60 771
Redaktion@halloLinden.de
www.halloLindenLimmer.de